bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 19 | 16. September 2005

Prozesse 2

"Überzeugungstäter"
Die Geduld der Justiz mit dem Neonazi Axel Reitz hat ein Ende gefunden.

Rechte Szene 3

Politische Trittbrettfahrer
Die Bürgerinitiative „Braunkohle Nein" in Mecklenburg-Vorpommern wird von zahlreichen Rechtsextremisten unterstützt.

"Couragierter Einsatz"
Berliner Grüne und einige Lehrer stellen sich der Musik-CD-Verteilaktion der NPD vor Schulen entgegen.

Einschlägige Karriere
Vom Hooligan zum NPD-Spitzenpersonal.

"Ihre Partei verraten"
Die verstorbene NPD-Kandidatin Lorenz war frühere Republikaner-Chefin in Sachsen.

Lebenslang rechtsextrem
Ehemaliger NPD-Vize gestorben.

Grauzone 6

"Schicksalsgemeinschaft"
Martin Hohmann redet Klartext.

Demokratische Initiativen 7

Zum Handeln motivieren
Das Anne Frank Zentrum will Geschichte greifbar werden lassen.

Ein Erfolgsmodell
Die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rechtsextremismus fortsetzen.

Seitenblick 9

Positives Echo
Die Prager Regierung hat sich bei den vertriebenen deutschen NS-Gegnern entschuldigt.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Ganz normale Menschen
Tödliche Situationen – eine Sozialpsychologie des Massenmordes.

Eine Justizfarce
Die Dreyfus-Affäre gilt von Beginn an als ein Politkum.

Meldungen 12

Prozesse

"Überzeugungstäter"

Die Geduld der Justiz mit dem Neonazi Axel Reitz hat ein Ende gefunden.

Bisher, so bilanzierte Richter Josef Große Feldhaus, sei Axel Reitz „von der Justiz mit Glacehandschuhen angefasst worden“. Die 1. Strafkammer des Landgerichts Bochum machte damit am 9. September Schluss: Wegen Volksverhetzung verurteilte sie den 22-jährigen Neonazi aus dem Rheinland zu 21 Monaten Haft ohne Bewährung. Daraus dürften, falls das Urteil rechtskräftig wird, zwei Jahre und neun Monate werden, denn Reitz droht der Widerruf einer Bewährung für eine frühere Verurteilung zu zwölf Monaten Haft.

Die Verhandlung vor dem Landgericht war bereits die zweite wegen einer Demonstration am 26. Juni letzten Jahres gegen den Bau einer Synagoge in Bochum. Der NPD-Landesvize Claus Cremer war wegen seines Redebeitrags Anfang des Jahres zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt worden – ebenfalls wegen Volksverhetzung.

Die NPD-Demonstration im Sommer 2004 war zum antisemitischen Exzess geraten. Warum, verriet der „freie Nationalist“ Sven Skoda in seiner Rede: Es sei die „wohl erste Demonstration gegen Synagogenbau in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“. Damit sei ein Tabu gebrochen. „Hopp hopp hopp – Synagogenstopp“, „Stoppt den Synagogenbau – wir sind das Volk“ oder „Wir sind dabei – Bochum synagogenfrei“ johlend, zogen die Neonazis durch die Stadt. In einem solchen Umfeld war Reitz gut aufgehoben. Er ist dafür bekannt, dass er hart an der Grenze, die das Strafgesetzbuch zieht, und manchmal auch darüber hinaus nur selten ein Blatt vor den Mund nimmt. Juden titulierte Reitz denn auch bei der Demonstration als „Langnasen“ und „kleine verschwindende Minderheit“, die „mehr zählt als das deutsche Volk“. Und riet ihnen, „zu verschwinden aus diesem Land“. Ganz im Nazi-Jargon forderte er, die „rassische Geschlossenheit“ zu bewahren.

Mit solchen und ähnlichen Parolen hat sich der junge Rheinländer, der als führender Kopf des Aktionsbüros Westdeutschland gilt, in der Szene Freunde gemacht – vor allem bei jenen, die ein klares Bekenntnis zum historischen Nationalsozialismus den Unverbindlichkeiten von Parteifunktionären und vorsichtigen Aussagen von Kameradschaftsführern, die von der Verbotsangst geplagt werden, vorziehen. Die Liste einschlägiger Äußerungen von Reitz ist lang. Zum Beispiel seine Aussage bei einer Demonstration im Sommer 2003 in Dortmund, dass „der letzte rechtmäßige Kanzler des deutschen Volkes Adolf Hitler gewesen ist. Und ich würde an dieser Stelle bewusst lügen müssen, wenn ich sage, es wäre mir unangenehm, wenn dieser Mann heute die Geschicke Deutschlands in seinen Händen halten würde“. Seinem Publikum gefällt es, wenn er wieder einmal gegen „Neger, Alis, Mustafas“ und das „kriminelle ausländische Pack“ wettert. In ganz jungen Jahren hat er schon verraten: „Wir stehen in der Tradition der nationalsozialistischen Bewegung. Wir müssen immer das bleiben, was wir sind: Nationalsozialisten und keine Nationaldemokraten oder nationale Demokraten.“ Überliefert ist auch sein Glaubensbekenntnis: „Wir glauben auf dieser Erde alleine Adolf Hitler. Wir glauben, dass der Nationalsozialismus der allein seligmachende Glaube ist für unser Volk. Wir glauben, dass es einen Herrgott im Himmel gibt, der uns führt, der uns lenkt, und der uns sichtbar segnet. Und wir glauben, dass dieser Herrgott uns Adolf Hitler gesandt hat. Heil Hitler.“ Vor einer Fernsehkamera kündigte er Gegnern an: „Denen wird irgendwann der Kopf abgeschlagen werden. Die werden auf den Marktplatz gestellt und werden erschossen für das, was sie getan haben.“

Früher oder später, das war klar, würde auch die Geduld der Justiz ein Ende haben. Diesmal ging es nicht mehr mit einer Bewährungsstrafe ab. Richter Große Feldhaus: „Seine Rede zielte darauf ab, Hass gegen jüdische Mitbürger zu verbreiten.“ Und das in einem nationalsozialistischen, antijüdischen Propaganda-Jargon. Dabei kritisierte das Gericht, dass der „Überzeugungstäter“ Reitz nicht schon früher härter bestraft worden ist. Gleich nach der Urteilsverkündung kündigte Reitz einen Revisionsantrag an. Und gemäßigter ausdrücken mag er sich bei Demonstrationen offenbar auch nicht. Am Tag nach dem Urteilsspruch holte ihn die Polizei bei einem Neonazi-Auflauf in Hamm vom Mikrofon, nachdem er den Bundeskanzler beleidigt hatte.

Tomas Sager

Rechte Szene

Politische Trittbrettfahrer

Die Bürgerinitiative „Braunkohle Nein" in Mecklenburg-Vorpommern wird von zahlreichen Rechtsextremisten unterstützt.

Im Hinblick auf die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2006 proben Neonazis schon seit längerem die Anbiederung an die Mitte der Gesellschaft. In Initiativen wie „Schöner und sicherer wohnen in Ueckermünde" oder „Schöner wohnen in Anklam" geben sie sich bürgernah. Die bewusst volkstümliche Strategie zielt auf eine größere Verankerung in der Gesellschaft. Daher überrascht nicht, dass auch die mitgliederstarke Bürgerinitiative „Braunkohle Nein" im westlichen Teil des Landes, im Landkreis Ludwigslust, zum Tummelplatz für Rechtsextremisten geworden ist.

Zur großen Informationsveranstaltung in der Lübtheener Turnhalle kamen dann am 12. September nicht nur 400 interessierte Anwohner, sondern auch ansässige Neonazis aus dem Umfeld von Thomas Wulff und der regionalen NPD. Während NPD-Schulungsreferent Udo Pastörs viele der Einwohner mit Handschlag am Eingang begrüßte, unterhielt sich NPD-Direktkandidat Stefan Köster mit jüngeren Anwesenden. Pastörs, der in Lübtheen ein Geschäft betreibt, wirbt im Schaufenster seines Hauses im Zentrum für den Veranstaltungsabend der Bürgerinitiative. Sein Mieter Köster starrt ernst von den zahlreichen Stellplakaten in den Straßen der Kleinstadt. Pastörs ist Gründungsmitglied der BI „Braunkohle Nein", Köster unterstützte sie als Mitglied des Kreistages. Niemand stört sich auch an diesem Abend daran, dass beide aus ihrer neonazistischen Ideologie keinen Hehl machen.

Auch Andreas Theisen, NPD-Chef aus Ludwigslust, fühlt sich berufen, die Braunkohlegegner zu unterstützen, gemeinsam mit anderen hält er an der Tür Wache. Drei jugendliche Punks mit „Nazis raus"-Shirts werden aus der Halle geschickt. Die beiden Bedienungen an der Theke nicken zustimmend. Vorne an der Bühne begrüßt Philip S., Schlossbesitzer aus Jessenitz, die anderen Gründungsmitglieder freundschaftlich. Der Unternehmer im dunklen Jackett ist ein langjähriger Freund von Thomas Wulff und gehörte lange Jahre zur rechtsradikalen Szene in Hamburg. 1992 war er „Fraktionsassistent" der rechtsextremen Deutschen Liga für Volk und Heimat im Kieler Landtag. 1994 wurde er namentlich im Hamburger Verfassungsschutzbericht erwähnt. Inzwischen will S. von politischen Aktivitäten nichts mehr wissen.

Den szenetypischen Jargon hat S. allerdings beibehalten, so droht er in einem „Offenen Brief" vom 17. Mai 2005 an den Kohletagebaubetrieb Mibrag: „Machen Sie sich jetzt klar: Die Front gegen Sie steht (..) Die absolute Mehrheit der Bevölkerung ist zum härtesten Kampf entschlossen, sich ihre Heimat nicht zerstören zu lassen."

Ein weiteres BI-Gründungsmitglied ist Michael S., er stammt aus Husum und meldete 1994 „zum Gedenken des 7. Todestages von Rudolf Heß" eine Demonstration in Heide an. Obwohl der Vorstand der Lübtheener Bürgerinitiative bereits Anfang August 2005 mit den Vorwürfen, dass Neonazis beteiligt seien, konfrontiert wurde, gab es keinen Ausschluss der extremen Rechten. Nur: In der Öffentlichkeit sollen sie künftig nicht als Repräsentanten in Erscheinung treten. So setzt sich Pastörs hinten links in die Stuhlreihe und S. beobachtet seine Mitstreiter oben auf dem Podium wohlwollend von unten aus.

Rechtsextreme Interessenten, die um Mitgliedschaft ersuchen, werden vom Sprecher der BI, Andreas Vones mit freundlichen Worten vertröstet: „Das ist ... im Moment ein denkbar ungünstiger Zeitpunkt", vor allem wegen der „Außenwirkung". Vones gibt an, dass er „nur einen guten Job" machen will und „da muss die eigene Meinung mal zurückstehen...".

Ein Kreis um den Baubiologen Ludger Klus versucht seit einiger Zeit auf die rechten Umtriebe innerhalb der BI aufmerksam zu machen. Deren Vorwürfe werden durch die Abendveranstaltung in der Turnhalle bekräftigt. Klus meint: „Braunkohle Nein sei mit Beteiligung der NPD initiiert und gegründet worden." Ein erster Versuch, den Kritiker mundtot zu machen, wurde aufgegeben, die BI zog eine einstweilige Verfügung gegen Klus zurück.

Aber kritische Fragen sind auch am 12. September in Lübtheen unerwünscht. Immerhin ist der Sprecher der CDU-Landtagsfraktion aus Schwe-

rin angereist. „Wir haben kein Rechtsextremismusproblem“, beharrt BI-Sprecher Andreas Vones stur. Kurz darauf bestätigt er einem Journalisten allerdings, „Thomas Wulff war auch schon da.“ Als an diesem Abend kritische Fragen gestellt werden, postiert sich ein junger Rechter neben die Fragestellerin und fordert sie anschließend zum Gehen auf. Auch draußen vor der Halle halten sich die Neonazis nicht länger zurück: Als Medienvertreter, die den Vorwürfen nachgegangen sind, die Veranstaltung verlassen wollen, schreit NPD-Chef Theisen seinen Kameraden, darunter Wulff-Mitbewohner Greve, das Wort „Zugriff“ zu. Gemeinsam verfolgen sie die Journalisten. Theisen schlägt noch auf das Auto ein. Zwei Mitarbeiter des „Mobilen Beratungsteams“ aus Schwerin werden dann später unter Polizeischutz zu ihrem Fahrzeug geführt.

Andrea Röpke

"Couragierter Einsatz"

Berliner Grüne und einige Lehrer stellen sich der Musik-CD-Verteilaktion der NPD vor Schulen entgegen.

Die NPD hat’s gern konspirativ. Bevor sie am 12. September ihren „Aktionstag“ startet, um angeblich bundesweit vor Schulen 200 000 Musik-CDs und davon zehn Prozent in Berlin zu verteilen, werden Journalisten an diesem Montag für sieben Uhr früh zum S-Bahnhof Prenzlauer Allee bestellt. Dort wartet Jörg Hähnel, stellvertretender NPD-Landeschef, Liedermacher und einst für seine Partei Stadtverordneter in Frankfurt (Oder). Lächelnd erzählt der 30 Jahre alte, unauffällig angezogene Rechtsextremist, dass er an der Universität der Künste studiert, Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation. Das sei „auch politisch ein interessantes Fach“. Dann los. Hähnel fährt mit seinem Nissan voran, Journalisten folgen.

Welche Schule die NPD behelligen will, ist offen. Es geht nach Berlin-Weißensee, in der Gustav-Adolf-Straße ist das Ziel erreicht: die Hagenbeck-Oberschule und, ums Eck, das Oberstufenzentrum Bautechnik II. Hähnel trifft auf der Straße fünf junge Kumpane, sie tragen in Rucksäcken die mit Rechtsrock und Deutschlandlied bespielten „Schulhof-CDs“. Ein NPDler hat eine Eselsmaske dabei und ein Schild mit dem Spruch, „Ich Esel lasse mich von meinen Lehrern gegen die NPD aufhetzen“. Doch als sich der Trupp der Oberschule nähert, sinkt die Laune: Da stehen Grüne, angeführt vom Berliner Fraktionschef Volker Ratzmann. Mit blauen Müllsäcken und Flugblättern.

Berliner Grüne haben sich an diesem Tag an den Schulen verteilt, die für die NPD interessant sein könnten. Das sind zum Beispiel Berufsschulen im Osten. Die rechtsextreme Partei genießt bekanntlich bei jungen Männern aus Arbeitermilieus einige Sympathie. Das Oberstufenzentrum Bautechnik II mit seinen 2000 Schülern erscheint da erfolgsträchtig, außerdem kommen in der Hagenbeck-Oberschule noch 450 dazu. Doch für die NPD läuft es an dem trüben Morgen nicht gut.

Kaum sind erste CDs den eher skeptischen Jugendlichen überreicht, eilen die Grünen herbei. „Das Nazizeug gehört hier rein“, ruft Ratzmann und hält einen Müllbeutel auf. Einige lassen die CD sofort hineinfallen, andere zögern. Ein 14-Jähriger versteckt die Scheibe unter seinem schwarzen Kapuzenpulli, „ich will die mit nach Hause nehmen“. In einer Clique meint ein 16-Jähriger mit beiger Basecap, „die NPD ist ’n bisschen krass mit den Ausländern, aber eigentlich okay“. Der Schulleiter kommt. „Ich find’s nicht in Ordnung, was die NPD hier macht“, sagt Jörg Milack, im Unterricht werde jetzt über die CD-Aktion geredet. Die Rechtsextremisten laufen zum Oberstufenzentrum. Die Grünen kommen mit. Das gleiche Bild wie zuvor. Schüler nehmen die CD, andere entsorgen sie in den Müllsäcken und erhalten von den Grünen Gutscheine für Sport- und Musikveranstaltungen. Ein NPDler faucht Ratzmann an: „Ihr seid ganz schön frech.“ Ein Lehrer wird hektisch und greift dem Fernsehteam des RBB in die Kamera. Schulleiter Helmut Hoffmann kommt und ermuntert Schüler, die CDs abzugeben. Die NPD gibt auf.

An der Rudolf-Virchow-Oberschule in Marzahn geht es nicht so friedlich ab. Als eine Lehrerin CDs einsammelt, reißt ein NPD-Mann sie ihr aus der Hand. Die Polizei ermittelt jetzt wegen Raubes. Die Senatsschulverwaltung lobt die Lehrerin: Sie habe „couragierten Einsatz“ gezeigt.

Frank Jansen

Einschlägige Karriere

Vom Hooligan zum NPD-Spitzenpersonal.

Der NPD-Multifunktionär und langjährige JN-Spitzenkader Sascha Wagner (32) hat nach Informationen der „Pirmasenser Zeitung“ sein Arbeitsfeld von Sachsen wieder in die Pfalz verlagert. Seit Mai ist der ehemalige rheinland-pfälzische NPD-Landesgeschäftsführer und NPD-Landesvize Wagner, unter anderem vorbestraft wegen Beleidigung und Körperverletzung, im südwestpfälzischen Dahn im Haus von Peter Marx, NPD-Bundesvize, gemeldet. Wagner kandiert im Wahlkreis Pirmasens für die NPD zum Bundestag. Von Dahn aus will Wagner den Landtagswahlkampf der NPD in Rheinland-Pfalz im nächsten Jahr organisieren. Zuletzt war Wagner persönlicher Mitarbeiter des sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten Alexander Delle.

Seine nationaldemokratische Karriere startete Wagner über die Hooliganszene im Umfeld des Fußballfanclubs Alemannia Aachen. Seit Anfang der 90er Jahre ist Wagner, derzeit JN-Bundesorganisationsleiter, in NPD/JN-Kreisen aktiv. Szene-bekannt ist Wagner seit Jahren als Organisator von rechtsextremen Konzerten. 1992 richtete er unter konspirativen Umständen ein Konzert mit dem rechtsextremen Liederbarden Frank Rennicke im Großraum Aachen aus. Mitte der 90er Jahre war Wagner Mitarbeiter des Verlags von Manfred Rouhs (Köln) und amtierte als Chefredakteur des zwischenzeitlich eingestellten Rouhs-Blättchens „Neue Doitsche Welle“. Zum 10-jährigen Bestehens der von Rouhs herausgegebenen Zeitschrift „Europa Vorn“ organisierte Wagner im Oktober 1996 eine Firmen-Präsentation im Großraum Köln, bei der wieder Rennicke aufspielte. In einem internen Papier des Verfassungsschutzes wird Wagner 1999 als „Einzelperson“ dargestellt, die rechtsextreme „Tonträger in größerem Umfang“ vertrieben habe.

Eng bekannt ist Wagner mit dem NPDler und Skinhead Christian Hehl. Beide waren im Februar 2003 Ansprechpartner bei einer Solidaritätsdemonstration für den Rechtsextremisten Friedhelm Busse. Heute gehört Wagner zum Stammpersonal der NPD-Mannschaft um Udo Voigt und Holger Apfel.

Anton Maegerle

"Ihre Partei verraten"

Die verstorbene NPD-Kandidatin Lorenz war frühere Republikaner-Chefin in Sachsen.

Eine ganz besondere Form der Trauer bekundete der stellvertretende Republikaner-Vorsitzende Johann Gärtner nach dem Tod der Dresdner NPD-Politikerin Kerstin Lorenz: „Wir bedauern den Tod unserer ehemaligen Landesvorsitzenden von Sachsen“, teilte er per Presseerklärung mit – um gleich hinzuzufügen: „auch wenn sie ihre Partei verraten und sich an die NPD verkauft hat“. Die Empörung über derlei „charakterlose“ und „niveaulose“ Beileidsbekundungen ist in NPD-nahen Kreisen groß. Und wird auch nicht kleiner, wenn Gärtner die Aufstellung von Franz Schönhuber als Nachfolger von Lorenz im Dresdner Wahlkreis mit dem Satz kommentiert, anscheinend nominiere die NPD nun den Volkssturm.

Deren sächsischer Fraktionschef Holger Apfel bevorzugt eine andere Tonlage: Kerstin Lorenz habe sich „mit ihrem langjährigen Einsatz bei Republikanern und Nationaldemokraten wie kaum eine andere Persönlichkeit der deutschen Nachkriegsrechten um die nationale Opposition verdient gemacht“, übertreibt er in seinem Nachruf. Und: „Als einer der größten Förderer der nationalen Einheit in Sachsen trug sie maßgeblich zur Überwindung des Gegeneinanders im patriotischen Lager bei und legte so den wichtigen Grundstein für den späteren Erfolg der Nationaldemokraten zur Landtagswahl.“ Tatsächlich hatte die damalige REP-Landeschefin mit dem Rückzug der Republikaner-Liste zwei Monate vor der Landtagswahl im Sommer 2004 dafür gesorgt, dass die NPD ohne Rechtsaußen-Konkurrenz antreten konnte. Offiziell begründete sie ihren Schritt damit, dass man die notwendigen Unterstützungsunterschriften nicht beisammen bekommen habe. Von Bedauern darüber war bei ihr aber kein Wort zu finden. Im Gegenteil: Sie sei froh, „dass ich denen, die nur die NPD bekämpfen und deren Einzug in den Landtag verhindern wollten, die Suppe versalzen habe!“ Am Tag vor der Landtagswahl im September vergangenen Jahres trat Kerstin Lorenz dann der NPD bei und wurde nach dem Einzug ihrer Fraktion ins Dresdner Parlament deren „Bürgerbeauftragte“.

Tomas Sager

Lebenslang rechtsextrem

Ehemaliger NPD-Vize gestorben.

Im Alter von 93 Jahren ist der langjährige frühere stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende (1971 – 1977) Felix Buck (Frankfurt) verstorben. Mit Buck, so ein Nachruf in der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation&Europa“, habe das „patriotische Spektrum in Deutschland ... einen ebenso klugen wie verlässlichen Mitstreiter, der sich bis ins hohe Alter geistig frisch zu halten vermochte“, verloren.

Buck steht für die ungebrochene Kontinuität rechtsextremen Denkens auf deutschem Boden. Nach 1945 gehörte der ehemalige Mitarbeiter der IG-Farben-Hauptverwaltung und Wehrmachts-Major der „Aktion Deutschland“, einer Untergrundbewegung der SS zusammen mit Offizieren der Wehrmacht, an. In mehreren Verhaftungswellen wurde diese Untergrundbewegung von den Besatzungsbehörden zerschlagen und Buck im Februar 1947 verhaftet.

Bis an sein Lebensende war Buck als Referent, Autor und Ideengeber in rechtsextremen Zusammenhängen tätig. Der Gesellschaft für freie Publizistik, der größten rechtsextremen kulturpolitischen Vereinigung in der Bundesrepublik, diente er über Jahrzehnte hinweg als einer ihrer eifrigsten Referenten. Daneben hielt Buck Vorträge bei den „Bogenhauser Gesprächen“ der Burschenschaft Danubia oder beim „Deutschen Seminar“. Gern gesehen war Buck auch als Seminarteilnehmer bei Kongressen des unionsnahen Studienzentrums Weikersheim.

Als Autor griff Buck für die holocaustleugnende Verlagsgemeinschaft Grabert/Hohenrain aus Tübingen und die in Coburg erscheinende rechtsextreme Monatszeitschrift „Nation&Europa" zur Verfügung. Im Jahr 2000 gehörte Buck dem Gründergremium der NPD-nahen Deutschen Studiengemeinschaft (DSG) an. Deren Hauptforderung ist die „Rückführung“ von Nicht-Deutschen „in die Herkunftsländer statt Einwanderung“, da die Bundesrepublik „wegen der Beengtheit“ ihres Raumes und ihrer „Überbevölkerung kein Einwanderungsland sein“ könne.

Anton Maegerle

Grauzone

"Schicksalsgemeinschaft"

Martin Hohmann redet Klartext.

Der wegen einer als antisemitisch bewerteten Rede aus der CDU ausgeschlossene Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann sorgt wieder für Pressewirbel, weil der parteilose Direktkandidat in Fulda bei einem knappen Wahlausgang zum Zünglein an der Waage werden könnte. Der rechtslastige Politiker hat in seiner Begründung für die Kandidatur Klartext geredet: „Wir müssen uns als Schicksalsgemeinschaft verstehen, als deutsches Volk eben. Wir werden erkennen müssen, dass Verzicht und Opferbereitschaft wertvolle Tugenden sind“. Außerdem sprach er sich gegen die multikulturelle Gesellschaft, den EU-Vertrag und die Mitgliedschaft der Türkei in der EU aus. In einer Presseerklärung Hohmanns im Vorfeld des Papstbesuches.heißt es: „Es ist nicht der Papst, der die Homosexuellen beleidigt, wenn er gleichgeschlechtliche Ehen ‘Pseudo-Ehen’ nennt; es sind organisierte Homosexuelle, die mit dem Irrsinn der ‘Homo-Ehe’ die Schöpfungsordnung beleidigen, die man auch als biologische Vernunft bezeichnen kann“.

In extrem rechten Kreisen wird die Kandidatur Hohmanns begrüßt. Die „Junge Freiheit“ bewirbt ein Buch mit dem Titel „Warum Hohmann geht und Friedman bleibt“. Im JF-Jargon wird der Antisemitismusvorwurf als Keule zur Vernichtung unliebsamer Meinungen dargestellt. Auch die „National-Zeitung“ aus dem Hause Frey bezieht sich positiv auf ein Faltblatt von Hohmann, aus dem unter der Überschrift „Was Hohmann über Merkel auspackt“ zitiert wurde. Danach sieht sich Hohmann vom Zentralrat der Juden und der Springer-Presse zu Fall gebracht. Währenddessen ist in Fulda die Gruppe „Jugend für Hohmann“ ins Gerede gekommen. Aus Fuldaer CDU-Kreisen heißt es, die Hohmann-Unterstützer seien für den Druck und das Kleben von Rudolf Heß-Bildern verantwortlich. In der Nacht zum 20. August waren rund 300 Konterfeis des Hitler-Stellvertreters im Fuldaer Raum über Wahlplakate geklebt worden, Plakate von Hohmann blieben davon verschont.

Peter Nowak

Demokratische Initiativen

Zum Handeln motivieren

Das Anne Frank Zentrum will Geschichte greifbar werden lassen.

Im Anne Frank Zentrum in Berlin – Partnerorganisation des Amsterdamer Anne Frank Hauses – erhalten Jugendliche die Möglichkeit, sich historische Ereignisse anzueignen. Die Verknüpfung zwischen Vergangenheit und Gegenwart steht im Mittelpunkt aller Projekte. Geschichte kann eine gelungene Verbindung mit „Geschichten" eingehen – das belegt die Arbeit des Anne Frank Zentrums. Ausgehend vom Schicksal der berühmten Namenspatin haben die Mitarbeiter der Einrichtung einen Schwerpunkt ihres Wirkens auf die Vermittlung ungewöhnlicher – und keineswegs ausschließlich historischer – Biographien gelegt.

So geht es etwa beim diesjährigen vom Zentrum ausgeschriebenen Jugendwettbewerb „Kriegskinder" nicht allein um Erinnerungen Älterer an die Zeit des Zweiten Weltkrieges. Die jugendlichen Teilnehmer sind ausdrücklich aufgefordert, auch die Schilderungen von Zeitzeugen aus aktuellen Kriegsgebieten zu dokumentieren. „Wir wollen Jugendliche motivieren, aktiv zu werden", sagt Thomas Heppener, Vorstandsvorsitzender des Anne Frank Zentrums. Zum Beispiel mit dem im vergangenen Jahr initiierten bundesweiten Wettbewerb „Ein Buch für Anne Frank": Angelehnt an die Tagebuchaufzeichnungen der jungen Anne zeichneten Jugendliche im Alter zwischen zehn und sechzehn Jahren ihre Alltagsbeobachtungen rund um Vorurteile und Diskriminierung, Mut und Zivilcourage auf. Am Ende entstand so ein spannend zu lesendes Taschenbuch (Fischer Schatzinsel 80603) mit dreißig Beiträgen in Form von Geschichten, Briefen, Tagebuchnotizen.

Die Anfänge des Zentrums liegen mehr als zehn Jahre zurück und setzten bei der Erinnerung an Anne Frank selbst an: Zum fünfzigsten Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus wurde eine Ausstellung über ihr Schicksal im Amsterdamer Versteck, den späteren Verrat der Familie und die Ermordung im Konzentrationslager Bergen-Belsen zusammengestellt. Heppener: „Die Resonanz war so groß, dass wir daraus eine dauerhafte Einrichtung machen wollten." Zunächst scheiterte die Idee an fehlenden Räumen und fehlendem Geld. 1998 schließlich entstand das Zentrum zunächst in der Oranienburger Straße, wo erste kleine Ausstellungen gezeigt werden konnten. Vor allem aber entwickelten die Mitarbeiter eine Wanderausstellung über das Leben und Wirken Anne Franks, die seitdem in zahlreichen Städten der Republik zu sehen war. „Allein in diesem Jahr wird sie in 18 Städten gezeigt", sagt Thomas Heppener. Wichtig ist ihm, dass sich vor Ort Jugendliche um die Betreuung der Ausstellung kümmern: „Sie erhalten zuvor ein Coaching, sollen dann aber weitgehend selbständig die Ausstellung und die Besucher betreuen können."

In Berlin werden neben der Dauerpräsentation zu Anne Frank auch regelmäßig Wechselausstellungen gezeigt; bis zum 28. September noch „Lachen im Dunkeln. Amüsement im Lager Westerbork 1942 – 45". Platz für mehrere Ausstellungen hat das Zentrum seit dem Herbst 2002. Damals konnte die Einrichtung in großzügiger geschnittene Räume in der Rosenthaler Straße 39 übersiedeln. Da hier während der Nazizeit der Inhaber der Blindenwerkstatt Otto Weidt selbst vielen Juden geholfen und einige auch versteckt hatte, ergab sich in Gestalt der Örtlichkeit ein weiterer Verknüpfungspunkt zur Arbeit des Anne Frank Zentrums.

Weiterer Arbeitsschwerpunkt ist der Bereich „Interkulturelles Lernen". „Wir legen den Akzent nicht so sehr auf die Andersartigkeit der Kulturen, sondern auf die Gemeinsamkeiten", betont Thomas Heppener. Für die drei Altersgruppen vier bis acht, neun bis zwölf und dreizehn bis achtzehn Jahre wurden jeweils zielgruppengerechte Materialien entwickelt, die zeigen, wie viele Themen, etwa Musik, Mode, Idole, Jugendliche unterschiedlicher Kulturen verbinden. Mit diesem Projekt wendet sich das Zentrum ausdrücklich an Multiplikatoren in Schulen, Kitas und Verbänden.

Nicht zuletzt arbeitet das Anne Frank Zentrum eng mit anderen Initiativen zusammen und hat kürzlich gemeinsam mit „Gegen Vergessen" und „Gesicht zeigen" den Aufruf „Keine Entwarnung!" veröffentlicht, der auf die anhaltende Gefahr durch Rechtsextremismus hinweist und mittlerweile von mehr als 800 Menschen unterzeichnet worden ist.

Gudrun Giese

www.annefrank.de

Ein Erfolgsmodell

Von Sebastian Edathy, MdB

Die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rechtsextremismus fortsetzen.

Am 2. September hatte die SPD-Bundestagsfraktion zu einer Fachkonferenz ins Jüdische Museum Berlin eingeladen, um mit Vertretern aus der Praxis, Wissenschaft und Politik über Maßnahmen und Perspektiven auf dem Gebiet der Rechtsextremismusbekämpfung zu diskutieren. Über 200 Personen waren der Einladung gefolgt. Viele Fragen über die konkrete Ausgestaltung der laufenden Programme gegen Rechtsextremismus sowie über die Anforderungen für die Zukunft wurden intensiv diskutiert. Einigkeit bestand darüber, dass beim Kampf gegen Rechtsextremismus auf die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte auch zukünftig nicht verzichtet werden kann.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag scheute sich jedoch nicht, die Konferenz zum Anlass zu nehmen, die Programme gegen Rechtsextremismus abermals für wirkungslos zu erklären und die Arbeit der zahlreichen engagierten Bürgerinnen und Bürger, die sich vor Ort, teilweise unter großer Gefahr, dem braunen Mob entgegen stellen, zu diffamieren: „Stümperhafte Pseudoaktionen von 'Gutmenschen', bei denen die Kosten in keinem Verhältnis zum Ergebnis liegen, werden bei der Union keine Chance haben", erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hartmut Koschyk. „Förderprogramme zur Bekämpfung des Extremismus müssen zielgerichtet und effektiv sein und auch evaluiert werden können. … Alle Maßnahmen werden nach dem haushaltsrechtlichen Gebot des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beurteilt. Förderungswürdige Programme gegen alle Formen des Extremismus werden CDU und CSU weiter fördern und damit einen wirksamen gegen jedwede Form von Extremismus führen", so Koschyk weiter.

Darauf, dass die Bundesprogramme CIVITAS und ENTIMON seit Jahren durch renommierte wissenschaftliche Institutionen evaluiert werden und die Frage, wieso Förderprogramme „gegen jedwede Form von Extremismus" nun gerade besonders „zielgerichtet" sein sollen, soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden. Denn interessanter ist vielmehr die Frage, wie sich die Union den Kampf gegen Rechtsextremismus vorstellt. Dies hatte jüngst der bayerische Innenminister Günther Beckstein in einem Interview mit dem Internetportal „Mut gegen rechte Gewalt" dargelegt. Die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus kenne er „nicht im Detail", gab er unumwunden zu und so verwundert es auch nicht, dass er den Kampf gegen Rechtsextremismus auf repressive Maßnahmen, politische Bildung und das Aussteigerprogramm des Bundesamtes für Verfassungsschutz reduziert. So, als hätte es CIVITAS und ENTIMON nie gegeben.

Als im Jahr 2001 das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" ins Leben gerufen wurde, hat die SPD-geführte Bundesregierung auf dem Gebiet Rechtsextremismusbekämpfung neue Wege beschritten. Vor allem mit den Programmteilen CIVITAS und ENTIMON wurden bewusst demokratische Initiativen und Projekte gefördert, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen oder den Opfern rechter Gewalt beistehen. Dort, wo Rechtsextremisten bereits „kulturelle Hegemonie" ausübten, sollte dies aufgebrochen worden; an Orten, wo derartige Entwicklungen drohten, der Rechtsextremismus zurückgedrängt werden. Gerade die in den neuen Bundesländern geförderten Strukturprojekte, mit den Bereichen Opferberatung, Mobile Beratung und lokale Vernetzung, sind hoch innovativ und mittlerweile das Rückgrat des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus. Das Programm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt" stellt eine Erfolgsgeschichte dar: Seit 2001 konnten rund 4 000 Projekte, Initiativen und Maßnahmen mit mehr als 154 Millionen Euro gefördert werden.

Für die SPD ist klar, dass dieser Weg unvermindert fortgesetzt werden muss. Entsprechend eindeutig sind auch die SPD-Aussagen im Wahlmanifest: „Die SPD wird bei Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus nicht nachlassen. Im Mittelpunkt steht dabei die Stärkung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Kräfte. Die SPD wird Projekte und Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren, nicht im Stich lassen, sondern weiterhin unterstützen."

Der Autor ist Sprecher der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus und stellvertretender Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seitenblick

Positives Echo

Die Prager Regierung hat sich bei den vertriebenen deutschen NS-Gegnern entschuldigt.

Das hat es in den Jahrzehnten seit der Befreiung Europas vom NS-Joch noch nicht gegeben: Das erste Opfer der Naziokkupanten, also die Tschechoslowakei, hat sich bei vertriebenen Deutschen entschuldigt. Die Regierung in Prag hat damit allerdings nicht eine Forderung von Berufsvertriebenen wie Erika Steinbach erfüllt. Ministerpräsident Jiri Paroubek, von dem die Initiative stammt, hat sich vielmehr an ganz bestimmte Vertriebene gewendet: An jene Deutschen, die während der NS-Zeit versucht haben, als NS-Gegner den tschechischen Staat zu erhalten, und die dennoch nach 1945 ihre Heimat CSSR verlassen mussten. Die Prager Staatsregierung unter Führung des Sozialdemokraten Paroubek wandte sich vor allem an Sozialdemokraten, Kommunisten und katholische Priester aus dem Widerstand. Der Regierungschef sagte, er empfinde es als moralische Verpflichtung, auf das Unrecht hinzuweisen, das aktiven NS-Gegnern deutscher Nationalität nach dem Krieg zugefügt worden sei.

Die Regierung hat einen mutigen, in die Zukunft weisenden Schritt getan – und zwar gegen den erklärten Willen des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Klaus. Er hät die Entschuldigung für gefährlich und demütigend und ist damit einer Meinung mit seinem slowakischen Amtskollegen, Staatspräsident Mikulas Dzurinda. Beide haben offenbar noch nicht mitbekommen, dass innerhalb der EU im Hinblick auf die Nazizeit einiges in Bewegung gekommen ist. Etliche alte Freund-Feindbilder sind verschwunden oder verschwinden nach und nach. Ein Beispiel dafür konnte man in diesen Tagen in Polen beobachten. Bundespräsident Horst Köhler war zu einem Staatsbesuch in Warschau und warb bei dieser Gelegenheit für ein „Zentrum gegen Vertreibung“ – allerdings nicht so wie die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV), die CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach. Köhler betonte mehrfach, keine ernst zu nehmende Organisation in Deutschland versuche, aus Tätern Opfer zu machen.

Am 1. September gedachte Köhler auf der Westernplatte gemeinsam mit Staatspräsident Aleksander Kwasniewski des deutschen Überfalls auf Polen und damit des Beginns des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939. Danach lehnten mehrere einflussreiche polnische Tageszeitungen ein „Vertreibungszentrum“ in Berlin nicht mehr schroff und kompromisslos ab, warben aber dennoch für eine polnische Stadt als Standort. Das ist auch deshalb richtiger als Berlin, weil ja nicht nur Deutsche vertrieben worden sind, sondern auch Millionen Polen. Sie mussten ebenso wie Deutsche ihre östlichen Provinzen verlassen und wurden in den ehemals deutschen Gebieten östlich von Oder und Neiße angesiedelt. Das war Teil der imperialen Politik Moskaus, die ihr Hoheitsgebiet nach Westen ausdehnen wollte und Millionen polnische Staatsbürger aus ihrer Heimat aussiedeln ließ.

Steinbachs vollmundige Ankündigung, der BdV werde sein Vertriebenenzentrum auf jeden Fall in Berlin bauen und habe sogar schon ein Gebäude dafür, ließ der Berliner Erzbischof Georg Kardinal Sterzinsky allerdings wie eine Seifenblase platzen. Steinbach war offenbar mit einer katholischen Gemeinde in Berlin übereingekommen, das nicht mehr benötigte Gotteshaus für ihr Projekt zu nutzen – wohl in der Annahme, der Kardinal werde mitspielen. Doch der tat ihr den Gefallen nicht, sondern reagierte schroff und unmissverständlich: Das „Zentrum gegen Vertreibung“ stoße in Berlin nicht auf allgemeine Zustimmung und deshalb stehe die Kirche nicht zur Verfügung. Der BdV reagierte beleidigt, konnte Sterzinsky aber nicht umstimmen. Nach Köhlers eindeutigen Worten scheint jetzt eine neue Gesprächsrunde zu beginnen – im Sinne der polnisch-deutschen Aus- und Versöhnung.

Derweil zeigt die Prager Entschuldigung bereits erste positive Folgen. Bundeskanzler Gerhard Schröder nannte die Erklärung von Jiri Paroubek einen „wichtigen Beitrag für die bilateralen Beziehungen“, sogar Erika Steinbach sprach von einer „guten Geste“ und der Vorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der CSU-Europaabgeordnete Bernd Posselt, schlug vor, einen „tschechisch-deutschen Runden Tisch zur Pflege des direkten Dialogs“ zu schaffen – Töne, die bisher von Vertriebenenverbänden nie zu vernehmen waren.

Heiner Lichtenstein

Blick in die Zeitgeschichte

Ganz normale Menschen

Tödliche Situationen – eine Sozialpsychologie des Massenmordes.

Die Ungeheuerlichkeit der Tat versperrte über Jahrzehnte eine konkretere Sicht auf Befehlsgeber und Vollstrecker der Shoa, die wahlweise zu eigenschaftslosen Schreibtischtätern oder bloßen Sadísten entwirklicht und damit in Distanz gerückt wurden. Eine intensivere Täterforschung seit Beginn der 90er Jahre, aber auch Debatten um Goldhagens Behauptung eines „eliminatorischen Antisemitismus" unter den Deutschen und um die Hamburger Wehrmachtsausstellung rissen diesen Schutzzaun ein: in den Blick gerieten „ganz normale Männer", und damit Fragen von Ermessensspielräumen, Gruppenprozessen und innerer Dynamik der Tötungsarbeit.

Der Sozialpsychologe Harald Welzer, Direktor des Center for Interdisciplinary Memory Research am Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen, belegt in einem soeben erschienenen Band, wie umstandslos die Bereitschaft zum Völkermord freizusetzen ist, wenn die entsprechenden Voraussetzungen dafür vorliegen – darunter als unabdingbare Bedingung eine absolute Unterscheidung von Zugehörigen und Nicht-Zugehörigen. Im Falle der Shoa exekutierten die Täter eine in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung geteilte Überzeugung, dass das „Judenproblem" einer Lösung zugeführt werden müsse, wenn das deutsche Volk im „Kampf der Rassen" überleben wolle. Der Autor beschreibt eine spezifische NS-Moral, die es den Tätern gestattete, noch die grauenvollsten Handlungen in ihr Selbstbild zu integrieren – um nach dem Krieg ohne Gewissensbisse in die Zivilgesellschaft zurückzukehren.

Der umfangreichste Teil des Buches verfolgt als Prozessanalyse die Blutspur von deutschen Einsatzgruppen und Polizeibataillonen in der Ukraine des Herbstes 1941, relativ kurze Kapitel beschäftigen sich vergleichend mit Massentötungen in Vietnam, Ruanda und dem ehemaligen Jugoslawien. Im Falle der NS-Täter greift der Autor weitgehend auf Aussagen aus deutschen Nachkriegsprozessen zurück und analysiert soziale Zusammensetzung der Einheiten, Initiation der ersten Tötungshandlungen an Zivilisten und die rasche Verfestigung eines professionalisierten Ablaufprogramms. Als höchst effektiv erwies sich eine diffuse Befehlsstruktur, die – für Verhältnisse soldatischer Gruppen – vergleichsweise hohe Ermessensspielräume gestattete und der technischen Phantasie und dem Engagement der Männer Raum ließ: Massenmord als Arbeit, die in Mitteln und Handlungswissen immer weiter zu perfektionieren ist.

Harald Welzer beschreibt minuziös den sozialen Mikrokosmos, der eine irreversible mörderische Eigenlogik entfaltete: Moralische Skrupel besonders bei der Tötung von Frauen und Kindern wurden bewältigt, indem man die Aufgabe möglichst „sauber" und effektiv erledigte – das Ziel selber stand nicht mehr in Frage. Darüber hinausgehend schuf die Situation absoluter Herrschaft über Menschen allerdings individuelle Chancen für Raub, Sadismus und sexuelle Ausbeutung – die durchaus vor ein Kriegsgericht führen konnten, um den Rahmen eines vorgeblich „militärisch korrekten Handelns" zu erhalten, der augenscheinlich den allermeisten Männern das Handwerk erleichterte.

Die Überschrift des Schlusskapitels enthält die Grundthese des Buches: „Alles ist möglich". Dabei grenzt sich der Autor von dem anthropologischen Fehlschluss eines archaischen Erbes ab, das unter der dünnen Decke der Zivilisation in Kriegszeiten zum Vorschein befördert wird. Das Ausbilden von Tötungsbereitschaft ist sozial und geschichtlich jeweils spezifisch gelagert, und nicht jeder Krieg resultiert im rassisch oder ethnisch begründeten Genozid. Gewalt ist nicht nur zerstörerisch, sondern schafft klare Verhältnisse und Zuordnungen; das Aufgehen in der (Volks)Gemeinschaft entlastet von persönlicher Autonomie und Selbstverantwortung; die Ausgrenzung von Menschen aus dem Bereich des Humanums bedeutet eine „Entbindung von Selbstzwängen, die das praktizierte Herrenmenschentum bereitstellt". Harald Welzer legt einen wichtigen Beitrag zur Täterforschung vor, der insbesondere in der dichten Beschreibung von sozialen und situativen Kontexten des Gruppenhandelns neue Erkenntnisse bereithält.

Michael Pechel

Harald Welzer, Täter: Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden S. Fischer, Frankfurt am Main, 2005, Seitenzahl: 323 S., 19,90 EUR

Eine Justizfarce

Die Dreyfus-Affäre gilt von Beginn an als ein Politkum.

„Nur der Jude, nicht der Hauptmann wurde verurteilt“ – so lautet eine Tagebucheintragung seines Großvaters zur Affäre Dreyfus. Hermann Simon, Direktor der Stiftung Neue Synagoge – Centrum Judaicum, verlas sie zur Eröffnung einer Wanderausstellung, die aus Anlass des 70. Todestages von Alfred Dreyfus von einer Arbeitsgruppe unter Leitung von Elke-Vera Kotowski vom Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien in Potsdam erarbeitet wurde. Vom 1. September bis zum 12. Oktober dieses Jahres wird sie in der Neuen Synagoge – Centrum Judaicum in Berlin gezeigt, anschließend in Dresden und Karlsruhe. Präsentiert werden Exponate, die die amerikanische Erziehungswissenschaftlerin Lorraine Beitler in drei Jahrzehnten gesammelt hat. Zeitungsbeiträge, Illustrationen, Karikaturen, Bildgeschichten und Fotos bereiten das komplexe Geschehen auf. Worum geht es?

Im Dezember 1894 wurde der Artilleriehauptmann Alfred Dreyfus, der einzige jüdische Offizier im französischen Generalstab, wegen Spionage für das Deutsche Reich von einem Militärgericht zu lebenslänglicher Deportation auf die Teufelsinsel nordwestlich von Cayenne verurteilt. Die Anklage gegen Dreyfus stützte sich auf das so genannte Borderau: ein ihm zugeschriebener Brief an den deutschen Militärattaché in Paris, der eine Aufstellung über bereits gelieferte Dokumente enthielt. Erst im Beratungszimmer erhielten die Richter Einblick in weiteres Belastungsmaterial, das der Verteidigung vorenthalten wurde und sich später als gefälscht herausstellte.

1896 teilt Oberst Picquart, Chef des Nachrichtenbüros im Kriegsministerium, seinen Vorgesetzten mit, Nachforschungen hätten ergeben, dass nicht Dreyfus, sondern Major Walsin-Esterhazy der Verfasser des Bordereaus sei. Picquart wird seines Amtes enthoben und versetzt. Der Vizepräsident des Senats versucht vergeblich, eine Überprüfung des Urteils zu erreichen – und damit beginnt die eigentliche Affäre. Es wird offenbar, dass die verantwortlichen Stellen die Aufklärung eines möglichen Justizirrtums zu verhindern suchen. Der Rechtsfall Dreyfus gilt von Anbeginn an als ein Politikum. Die öffentliche Meinung wird von der nationalistischen und antisemitischen Presse beherrscht, die, insgeheim von Kriegsministerium und Generalstab unterstützt, jeden Zweifel an Dreyfus‘ Schuld als Angriff auf die „Ehre der Armee“ zurückweist und die kleine Schar der Dreyfus-Anhänger beschuldigt, im Dienste des „Syndikats“, einer allmächtigen, geheimen jüdischen Verschwörung, den Verräter zu retten und Frankreich wie 1870 an die Deutschen zu verkaufen.

Am 13. Januar 1898 erscheint Emile Zolas berühmter Brief an den französischen Präsidenten unter dem Titel „J’accuse“, der eine ungeheure Erregung und blutige Pogrome auslöst, einen Tag später das erste, von Künstlern, Schriftstellern und Gelehrten unterzeichnete Manifest, das sich zugunsten einer Revision des Urteils ausspricht.

Im August 1898 erklärt Esterhazy, er habe das Bordereau auf Befehl des Nachrichtenbüros gefälscht. Das Urteil gegen Dreyfus wird annulliert, das Kriegsgericht in Rennes findet eine fragwürdige Verlegenheitslösung und verurteilt Dreyfus zu zehn Jahren Gefängnis unter Zubilligung mildernder Umstände. Die Regierung beschließt dann, bei gleichzeitiger Zusicherung der Straflosigkeit für alle beteiligten Generale und Offiziere, Dreyfus zu begnadigen. Die Amnestie stieß bei einer Minderheit der intellektuellen Dreyfus-Anhänger auf Ablehnung. Andererseits gab die eintretende innenpolitische Beruhigung die Möglichkeit, eine Reihe tiefgreifender Reformen einzuleiten – Republikanisierung des Offizierskorps, Beginn einer Sozialgesetzgebung, Entkirchlichung des Unterrichtswesens und schließlich völlige Trennung von Kirche und Staat –, durch die die Republik weiter ausgebaut wurde und die monarchistisch gesinnnte Koalition aus Armee, Klerus und Antisemitenliga, die den Kern der Dreyfus-Gegner gebildet hatte, ihre bisherige Machtstellung verlor.

Es ist das große Verdienst der Ausstellung, diesen beispielhaften Konflikt, der im Kern von zeitloser Aktualität ist, aufbereitet und durch den vorzüglichen Katalog sowie einen pädagogischen Leitfaden (www.dreyfus.de) vertieft zu haben.

Theo Meier-Ewert

Meldungen

Anstieg rechtsextremer Straftaten

Düsseldorf – 1347 rechts motivierte Straftaten hat das nordrhein-westfälische Landeskriminalamt im ersten Halbjahr 2005 gezählt. Verglichen mit den ersten sechs Monaten des vorigen Jahres ist dies ein Anstieg um 396 beziehungsweise 41,6 Prozent, wie aus dem Zwischenbericht 2005 des NRW-Verfassungsschutz hervorgeht. Anders als 2004 verzeichnete das LKA auch wieder ein rechts motiviertes Tötungsdelikt. 52 Körperverletzungen (plus 1) wurden von Januar bis Juni gezählt. Schwerpunkt rechter Straftaten war das Verbreiten beziehungsweise Verwenden von Propagandamitteln und Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen: 972 Delikte zählte das LKA, 302 bzw. 45 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Auch die Zahl der Volksverhetzungsdelikte stieg: um 20 auf 194. Von den 105 Straftaten, die antisemitisch motiviert waren, werden 99 dem Rechtsaußen-Spektrum zugeordnet. 288 fremdenfeindliche Taten wertet der Verfassungsschutz als rechts motiviert. (ts)

Hass-Propaganda nicht tolerieren

Mainz – Ein wichtiger Schlag gegen Neonazi-Webseiten ist „jugendschutz.net" mit der Schließung eines komplexen Netzwerkes bei einem US-amerikanischen Provider gelungen. Betroffen sind unter anderem die Seiten „volkermord.com" mit Rechts-Rock-Portal und Forum, „calloffreedom" mit Bombenbauanleitungen und „rahowa.info" des „Czech & Slovak White Power Radio". Erstmals konnten dabei nicht nur einzelne Web-Seiten, sondern ein kompletter IP-Bereich getilgt werden. Dafür hatten die Mitarbeiter von jugendschutz.net aus Mainz, deren Einrichtung 1997 gemeinsam von den Jugendministerien der Länder gegründet worden war, dem amerikanischen Provider Managed Solutions eine umfassenden Dokumentation vorgelegt. Ein Mitarbeiter von jugendschutz.net: „Wir haben auf die antisemitischen und rassistischen Inhalte der Websites hingewiesen, die klar gegen die Geschäftsbedingungen des Serverbetreibers verstoßen haben. Daraufhin wurden sämtliche neonazistische Angebote im betreffenden IP-Bereich vom Server gelöscht. Dieser Erfolg zeigt, dass auch viele ausländische Anbieter Hasspropaganda nicht tolerieren und umgehen dagegen einschreiten." (ar)

„Kriegserklärung"

Friedrichshafen – Unter dem Motto „Demonstration statt Repression! Polizeiwillkür stoppen - Dorfsheriffs aushebeln!" soll am 8. 0ktober eine Neonazi-Demonstration in Friedrichshafen am Bodensee stattfinden. Veranstalter ist der „Freie Widerstand –Süddeutschland". Als Unterstützer fungieren unter anderem diverse „Kameradschaften" in Augsburg, München und Stuttgart, „Autonome" und „Freie Nationalisten" aus Schwaben und Hamburg sowie die Jungen Nationaldemokraten aus München. Als Redner sind angekündigt: Hartmut Wostupatsch (Würzburg), Philipp Hasselbach (München), Alexander Hohensee (Hamburg), Hayo Klettenhofer (München) und das knasterfahrene NPD-Mitglied Norman Bordin (Ottobrunn). Anlass der Neonazi-Demonstration ist eine am 20. August von der Polizei aufgelöste rechtsextreme "Geburtstagsfeier" im benachbarten Überlingen, was von den Neonazs als „Kriegerklärung gegen alle jungen und freien Deutschen im Bodenseekreis" gewertet wird. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de